



Der AefU-Jahresbericht 2018

Edith Steiner und Martin Forter

Die Schweizer Zementwerke sind Giftschleudern. So auch das Zementwerk Wildegg (AG) von Jura Cement: Es verschmutzt 2017 die Luft an 172 Tagen mit zu viel Krebs auslösendem Benzol. Trotz dieser massiven Grenzwertüberschreitungen erhält Jura Cement im Frühjahr 2018 den Aargauer Unternehmenspreis. Sie produziere «höchst ökologisch und umweltschonend nach dem neusten Stand der Technik». Eine schräge Sache.

Foto: AefU

A Inhalt

A	Inhalt.....	2
1	Der AefU-Vorstand und das AefU-Team 2018.....	3
1.1	Der AefU-Vorstand.....	3
1.2	Das AefU-Team	3
2	Das OEKOSKOP, die Fachzeitschrift der AefU	4
3	Die AefU-Schwerpunktt Themen	5
3.1	Pestizide, Gewässerschutz und Trinkwasser.....	5
3.2	Katastrophenschutz bei Atomunfällen	8
3.4	Antibiotikaresistenz und Antibiotikaproduktion.....	10
3.5	Quecksilberschmutzung der Lonza AG bei Visp (VS)	11
3.6	Luftverschmutzung	12
3.7	Klima	13
3.8	Wohnen und Gesundheit.....	14
3.8.2	Chemiegelände «Klybeck» der BASF AG & der Novartis AG in Basel	15
3.8.3	Elektrosmog (u.a. Handy-Strahlung)	16
4	Die AefU-Arbeitsgruppen.....	17
4.1	Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder und Gesundheit.....	17
4.1.1	Erneut: Grenzwerte für Mobilfunkantennen erhöhen?.....	18
4.1.2	Arbeitsgruppe 'Mobilfunk und Strahlung' des Bundes	19
4.1.3	NISSG (Bundesgesetz über den Schutz vor Gefähr- dungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall)	20
4.1.4	Teilrevision des Fernmeldegesetzes.	21
4.1.5	'Beratende Expertengruppe nicht ionisierende Strahlung' (BENERIS).....	22
4.1.5	Weitere Aktivitäten der Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder	23
4.2	Arbeitsgruppe umweltmedizinisches Beratungsnetzwerk	24
4.2.1	Aktueller Betrieb.....	24
4.2.2	Weitere Aktivitäten der Arbeitsgruppe	25
4.2.3	Zukunftspläne des umweltmedizinischen Beratungsnetzwerkes.....	26
5.	Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.....	27
5.1	Tag gegen Lärm.....	27

1 Der AefU-Vorstand und das AefU-Team 2018

1.1 Der AefU-Vorstand



Dr. med. Peter Kälin, Leukerbad, (VS),
Präsident AefU

Dr. med. Reiner Bernath, Solothurn
med. pract. Andy Biedermann, Herzogenbuchsee (BE)
Dr. Martin Forter, Basel, AefU-Geschäftsleiter
Dr. med. vet. Anita Geret, Bern
Dr. med. Ruth Gonseth, Liestal (BL)
Dr. med. vet. Ursula Ohnewein, Oberbütschel (BE)
med. pract. Toni Reichmuth, Steinen (SZ)
Dr. med. Bernhard Rüetschi, Reinach (BL), AefU-Kassier
Dr. med. Rudolf Schwander, Bern
Dr. med. Edith Steiner, Schaffhausen
Dr. med. Alfred Weidmann, Uhwiesen (ZH)
Dr. med. Cornel Wick, Will (SG), AefU-Web-Master
PD Dr. med. Bettina Woelnerhanssen, Binningen (BL)

1.2 Das AefU-Team



Dr. Martin Forter
AefU-Geschäftsleiter



Stephanie Fuchs
leitende Redaktorin OEKOSKOP ECOSCOPE



Mike Gosteli
AefU-Sekretär

Fotos: AefU

2 Das OEKOSKOP, die Fachzeitschrift der AefU
L'Ecoscope, la revue spécialisée des MfE



OEKOSKOP 1/18: Textilbranche im Rückstand:
Wann tragen wir Verantwortung?



OEKOSKOP 2/18: Flugverkehr:
Wenn Menschen schwärmen



Ecoscope 2018: Des risques dans nos maisons:
L'habitat nous rend-il malade?

OEKOSKOP 3/18: Risiken in unseren Stuben: Wohnen wir uns krank?



OEKOSKOP 4/18: Innenraumluft:
Was wir so alles atmen

➔ **OEKOSKOP, alle Ausgaben**

3 Die AefU-Schwerpunktthemen

3.1 Pestizide, Gewässerschutz und Trinkwasser



Die AefU unterstützen

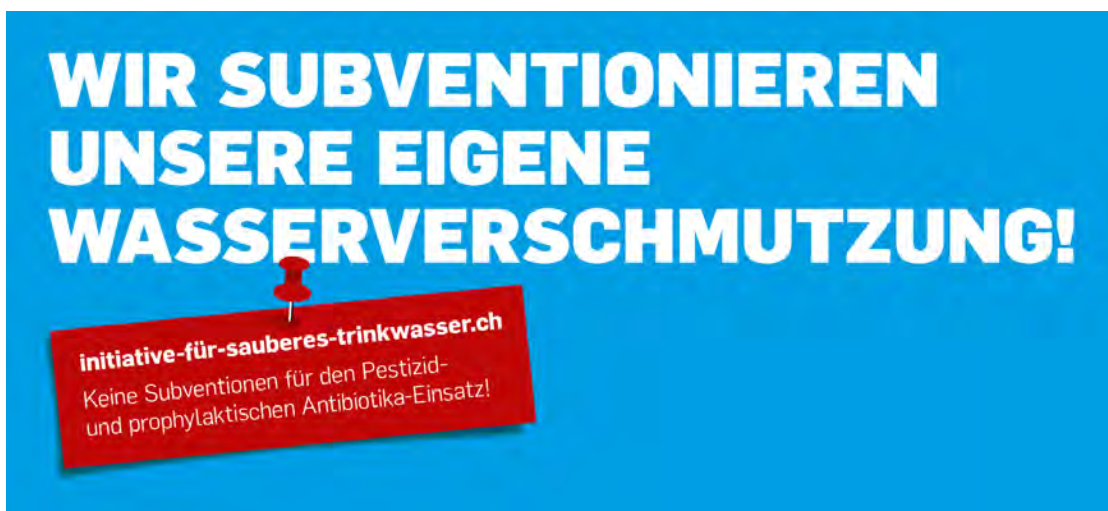
→ die Initiative
«für eine Schweiz ohne synthetische
Pestizide»
(Pestizidverbotsinitiative)

und

→ die Initiative
«für sauberes Trinkwasser und gesunde
Nahrung – Keine Subventionen für den
Pestizid- und den prophylaktischen
Antibiotika-Einsatz»
(Trinkwasserinitiative).

Beide Initiativen dürfen voraussichtlich 2020 zur
Abstimmung kommen.

Die AefU empfehlen 2 X JA



08.03.2018

Der Bundesrat will vorsorglichen Gesundheitsschutz schwächen

Demnächst mehr Pestizide auch im Trinkwasser?



Foto: Brisch27/pixabay

Unsere Bäche, Flüsse und Seen sollen bald massiv mehr Pflanzenschutzgifte schlucken müssen. Bis zu 10'300 Mal höhere Grenzwerte sollen die heute geltenden Beschränkungen ersetzen. Das geschah still und leise bereits bei den Altlasten. Fallen die generellen Pestizid-Limiten jetzt auch bei den Gewässern, dürften sie beim Trinkwasser ebenfalls nicht mehr lange unangetastet bleiben. Das hiesse: Mehr Gift im Trinkwasser. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), der Schweizerische Fischereiverband (SFV) und der Verein Vision Landwirtschaft (VL) verlangen hingegen die konsequente Umsetzung des gesetzlich verankerten Vorsorgeprinzips. Pestizide haben im Trinkwasser nichts zu suchen.

→ [AefU-Medienmitteilung](#)

Dokumente:

- 22.05.1987 - Die Zeit: [Pestizide im Trinkwasser – Wie viel sollen wir schlucken?](#)
- 02.2001 - Gas Wasser Abwasser (GWA): [Keine Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser](#)
- 19.09.1989 - Elektrowatt AG/MBT Umwelttechnik AG: [Unterlagen zur Besprechung Projekt Sa\[ndoz\]bo\[den\] \(Brandplatz Schweizerhalle\)](#)
- 21.01.2005 - BMG AG, Christoph Munz: [Protokoll Nr. 6 der Behördeninformation](#)

→ [Medienecho](#)

19.03.2018

Gewässerschutz

BAFU-Grenzwerte ohne Wert für gefährlichste Pestizide?



Die Revision der Gewässerschutzverordnung befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Das Bundesamt für Umwelt BAFU schlägt für die meisten Pestizide höhere Grenzwerte vor. Für die zwei giftigsten Pestizide sind zwar sehr tiefe Grenzwerte vorgesehen. Pikant dabei: Diese lassen sich aus analysetechnischen Gründen routinemässig nicht kontrollieren. Das bestätigen renommierte Analytiker. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), die Vision Landwirtschaft (VL) und der Schweizerische Fischereiverband (SFV) fordern ein Verbot solch gefährlicher Pestizide und grundsätzlich ein Festhalten am Vorsorgeprinzip: «Pestizide haben im Trinkwasser nichts zu suchen».

- [AefU-Medienmitteilung](#)

- 17.03.2018 - Tages-Anzeiger: [Umweltschützer kritisieren schärfere Grenzwerte für Insektizide](#)

- 15.03.2018 - Gewässerschutzverordnung: [Vernehmlassungsantwort AefU](#)

- [weitere AefU-News zu Pestiziden](#)

3.2 Katastrophenschutz bei Atomunfällen

Zum Thema Notfallschutz bei schweren Atomunfällen sind die AefU **seit 2012** tätig.

5.2018

OEKOSKOP-Redaktorin Stephanie Fuchs

Alles Natur – oder wie die AKW-Lobby uns für den Atomunfall fit machen will
in «Energie & Umwelt», dem Magazin der Schweizerischen Energiestiftung (SES)



«Radioaktivität ist überall. Kein Grund zur Sorge!» Mit Videoclips und ihren Fakten zur natürlichen Strahlenbelastung will uns die Atomlobby ein Vielfaches davon als harmlos verkaufen. Auch das ENSI argumentiert befremdlich.

➔ Stephanie Fuchs: **Alles Natur – oder wie die AKW-Lobby uns für den Atomunfall fit machen will**
in: Energie & Umwelt 2/18

18.12.2018

Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmittel still und leise abgeschafft

Zu wenig Labors bei einem Atomunfall?



Foto: pixabay/Montage: AefU

Der Bund hat die zulässige Strahlenbelastung der Bevölkerung nach einem Atomunfall massiv erhöht. Zugleich verschwanden still und leise die Grenzwerte für Radioaktivität in Esswaren. Die Folge: Bei einem Atomunfall dürften das Know-how und die nötige Labor-Infrastruktur zur Messung der radioaktiv verseuchten Lebensmittel fehlen. Deshalb fordern die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) die Wiedereinführung der Grenzwerte und den Erhalt der Atomlabors.

- **AefU-Medienmitteilung**

- **Wer misst die Radioaktivität nach einem Atomunfall?** Interview mit Dr. Markus Zehringer, Kantonales Laboratorium Basel-Stadt, in: OEKOSKOP 4/18

- **AefU-News** zum Thema Atomstrom

3.4 Antibiotikaresistenz und Antibiotikaproduktion

17.12.2018

Antibiotikaresistente Keime in freier Wildbahn

Beim Naturbaden sind resistente Keime mit von der Partie



«Muss ich jetzt Angst haben?» Ein Schwimmer beobachtet im Sommer 2018 eine Wasserentnahme aus dem Rhein. In dieser Probe wurden später antibiotikaresistente Keime nachgewiesen. Foto: SRF

Antibiotikaresistente Bakterien schwimmen auch in unseren Gewässern und kleben an unseren Lebensmitteln. Dies zeigen neue Untersuchungen u.a. in Basel. Die Folgen für Menschen und Umwelt sind unklar, wie eine AefU-Recherche zeigt.

Antibiotikaproduktion: Umweltnormen mit der EU?

Durch das ungereinigte Abwasser aus den Antibiotika-Fabriken z. B. im indischen Hyderabad entstehen «Supererreger». Die AefU haben im August 2017 als Bedingung für die Zulassung von Antibiotika verbindliche Umweltauflagen bei ihrer Produktion gefordert (vgl. **OEKOSKOP 3/17**). «Ja, dies wäre ein Weg», erklärt Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf Anfrage von OEKOSKOP. Die Schweiz könne ihn aber «nicht alleine beschreiten», weil sonst «wohl hier die Antibiotika einfach nicht mehr vertrieben würden». Umweltstandards bei der Antibiotikaproduktion liessen sich hingegen z.B. zusammen mit der Europäischen Zulassungsbehörde EMA einführen. Das aber sei eine politische Frage, so Koch.

Die AefU befürworten eine solche Zusammenarbeit und mahnen zur Eile.

→ **OEKOSKOP 4/18: Resistente Keime in der Umwelt**

3.5 Quecksilberschmutzung der Lonza AG bei Visp (VS)

01. bis 12.2018

Informations- & Austausch Plattform Quecksilber des Kantons Wallis



Mit dem Abwasser der Lonza AG in Visp (VS) gelangte über Jahrzehnte eine grosse Menge Quecksilber in den Grosse Grundkanal. Dessen Sedimente wurden immer wieder ausgegraben und in den umliegenden Gärten sowie im Landwirtschaftsgebiet verteilt – inklusive dem giftigen Quecksilber.
Foto: AefU

Ihr Fachwissen und ihre Kritik bringen die AefU auch an den Sitzungen und Feldbegehungen der «Informations- & Austausch Plattform Quecksilber» ein.

2018 gingen die Sanierungen im Siedlungsgebiet rund um Visp (VS) weiter. Alle Quecksilbergärten, die über zwei Milligramm Quecksilber pro Kilogramm belastet sind, sollen bis ca. 2021 aufgeräumt sein.

Diskussionen gab es darüber, ob und wann die Gärten in den Dorfzentren systematisch auf Quecksilber untersucht werden. Zudem wurden unter Einbezug von AefU und WWF Oberwallis Untersuchungsmethoden für die riesige Landwirtschaftsfläche getestet. AefU und WWF teilten an der ersten Sitzung 2019 ihre kritische Haltung gegenüber einer

dieser Methoden mit. Die Lonza AG und der Kanton Wallis haben sie in der Zwischenzeit fallen gelassen. Die Dienststelle für Umweltschutz des Kantons Wallis (DUW) beruft die «Informations- & Austausch Plattform Quecksilber» seit Februar 2015 ein. Vertreten sind die betroffenen Gemeinden, die Bürgergemeinden, die GrundstückbesitzerInnen (vertreten durch die IG Quecksilber), die Lonza AG, die von ihr beauftragte Arcadis AG (ehemals BMG AG) sowie der WWF Oberwallis. 2018 hat das Gremium drei Mal in den Räumlichkeiten der Gemeinde Visp getagt.

- AefU-Tätigkeiten zu Lonza AG **ab 2014 (Zusammenstellung)**
- Protokolle der «**Informations- & Austausch Plattform Quecksilber**» des Kantons Wallis
- **Webpage zu den Sanierungen** der Lonza AG

3.6 Luftverschmutzung

25.9.2018

Abgase der Schweizer Zementwerke Mangelhafte Kontrolle durch die Behörden



Das Zementwerk Wildegg (AG) von Jura Cement hat 2017 an 172 Tagen – also an fast jedem zweiten Tag – zu viel krebserzeugendes Benzol in die Luft geblasen. Foto: AefU

Abgase aus Schweizer Zementwerken übersteigen oft die Grenzwerte, obwohl diese meist lascher sind als im übrigen Europa. Sogar die Messungen wirken unzuverlässig. AefU und Pingwin Planet gehen dagegen mit einer Aufsichtsanzeige gegen das Amt für Umwelt des Kantons Aargau (AfU) vor. Diese aber lehnt die Aargauer Regierung im April 2019 ab.

Die AefU werden an den Giftschleudern Schweizer Zementwerke dranbleiben und weiterhin versuchen, den Stand der Ablufttechnik auch in unserem Land durchzusetzen.

→ AefU-Medienmitteilung

→ 13.06.2018 - Saldo:
Zementindustrie: **Die Fabrik in Wildegg bläst krebserregendes Benzol in die Luft**

→ Hintergrundinformationen:

- Abgase von Zementwerken:
Mangelhafte Kontrolle bringt dicke Luft (OEKOSKOP 3/18)
- Besuch im Zementwerk Allmendingen (D):
Abluftreinigung – Die Schweiz hinkt hinterher (OEKOSKOP 3/17)
- **Plastikmüll: alternatives Futter für den Zementofen?** (OEKOSKOP 2/16)

3.7 Klima

Entwicklung Luftverkehr: Als gäb's einen 2. Himmel



Der Himmel quillt über. Mehr als 100 000 Flüge sind es inzwischen weltweit, pro Tag. Sie bringen Russ in sensible Luftschichten, bilden künstliche Wolken und heizen uns ein. Es werden noch mehr abheben.



→ Stephanie Fuchs, Redaktorin OEKOSKOP: **Als gäb's einen 2. Himmel**

→ OEKOSKOP 2/18: **Flugverkehr: Wenn Menschen schwärmen**

3.8 Wohnen und Gesundheit

3.8.1 25. Forum Medizin und Umwelt

17.05.2018



Wir verbringen über 90 Prozent unserer Zeit in Innenräumen. Was aber tun, wenn wohnen krank macht? Macht es Sinn auf einer alten Hausmülldeponie wie in Genf zu bauen? Wie sieht die Schadstoffbelastung des Chemiegeländes Klybeck von BASF und Novartis in Basel aus, das in ein verdichtetes Wohnquartier verwandelt werden soll? Was bedeutet qualitätsvolle Verdichtung der Stadt? Woher stammen die Schadstoffe in der Innenluft? Wie reduzieren wir die negativen Effekte unserer IT-Umgebung, z.B. im Greenpeace-Büro Kalkbreite in Zürich? Warum ist Tempo 30 ein ideales Mittel, um den Lärmschutz endlich durchzusetzen? Diesen Fragen gingen über 40 HörerInnen am 25. Forum Medizin und Umwelt zum Thema «Wohnen und Gesundheit – Die AefU-Tagung zu Risiken in unseren Stuben» am 17. Mai 2018 im Landhaus in Solothurn nach.

→ **Die Präsentationen**

3.8.2 Chemiegelände «Klybeck» der BASF AG & der Novartis AG in Basel

Im Norden Basels soll auf dem Klybeckareal des Chemiekonzerns BASF und des Pharmamultis Novartis ein neuer Stadtteil entstehen. Die rund 300'000 Quadratmeter zwischen dem Rhein und dem Fluss Wiese sollen künftig Wohnungen für 20'000 Menschen sowie 30'000 Arbeitsplätze beherbergen. Das Gelände ist chemisch stark kontaminiert. Die AefU sind beunruhigt, mit welcher Nonchalance BASF und Novartis sowie die kantonalen Behörden die Planung des vorantreiben. Deshalb engagieren sich die AefU seit 2017. Sie fordern: **Zuerst sanieren, dann planen**. Chemiemüll aber liegt im Basler Stadtteil Klybeck auch auf Allmend bei einem Kinderspielplatz, wie die AefU 2018 ans Licht brachten:

20.06.2018

Chemiemüll unter Kinderspielplatz

Basler Umweltamt in der Kritik



Der Chemiemüll unter dem Kinderspielplatz «Ackermätteli» im Basler Stadtteil Klybeck gehört untersucht, sagt der pensionierte Leiter der heutigen Abteilung Gewässerschutz im Basler Umweltamt. Er widerspricht damit seinem Nachfolger, der dies nicht für nötig hält. Recherchen der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) bringen zudem weitere Ungereimtheiten ans Licht.

→ AefU-Medienmitteilung

Basler Strassenschild stimmt so nicht: Auch beim Spielplatz Ackermätteli liegt der Altrheinweg und der Chemiemüll darunter nicht auf dem aufgefüllten Rheinarm. Foto: AefU

- 20.06.2018 – AefU-Kartenkombination:
Auch der Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli in Basel liegt nicht auf dem aufgefüllten, alten Rheinarm.
- Hintergrundinformationen: **Wird in Basel ein Stadtteil auf Chemie gebaut?** in: OEKOSKOP 4/17
- Klybeck Basel: **Schöner Wohnen auf Chemiemüll?** - Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter AefU, Basel, Referat anlässlich des **25. Forum Medizin und Umwelt** am 17.05.2018 in Solothurn.

3.8.3 Elektromog (u.a. Handy-Strahlung)

22.02.2018

Lockerung des Strahlenschutzes für Mobilfunkanlagen

Gesundheitliche Bedenken und technisch nicht notwendig

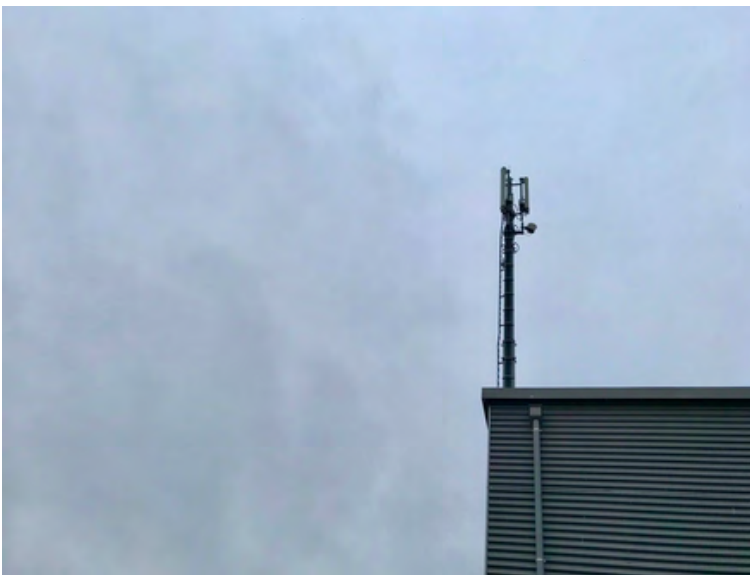


Foto: AefU

Nachdem der Ständerat vor einem Jahr wegen gesundheitlicher Bedenken eine Motion zur Anhebung der Grenzwerte von Mobilfunkanlagen ablehnte, muss das Parlament erneut über einen Vorstoss zur Revision der entsprechenden Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) abstimmen. Die in einer Motion geforderte Lockerung der NISV ist weder gesundheitlich bedenkenlos noch für den Ausbau des Mobilfunks und die Sicherstellung der Digitalisierung notwendig. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und die Ärztinnen und Ärzte im Parlament empfehlen dem Parlament, die Motion erneut abzulehnen. Auch der Schweizer Bauernverband, der Hausverein Schweiz und der Dachverband Schweizerischer Patientenstellen schliessen sich dieser Forderung an.

→ [AefU-Medienmitteilung](#)

→ Hintergrundinformationen:

- [Profitieren Netzanbieter auf Kosten des Strahlenschutzes?](#)
- [Die Mär von den strengen Grenzwerten in der Schweiz \(OEKOSKOP 4/17\)](#)

Wie schon 2016 hat der Ständerat am 5. März 2018 erneut einen parlamentarischen Vorstoss abgelehnt, der den Anlagegrenzwert bei Mobilfunkanlagen erhöhen wollte. Dies auch Dank der aufwändigen, intensiven und hartnäckigen Arbeit unserer «AefU-Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder und Gesundheit» (vgl. S. 17).

Herzlichen Dank!

→ [AefU-News zu Elektromog](#)

→ [Medienecho](#)

4 Die AefU-Arbeitsgruppen

4.1 Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder und Gesundheit

In der AefU-Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder und Gesundheit arbeiten mit:

Dr. med. Bernhard Aufderreggen, Visp (VS)

Dr. med. Yvonne Gilli, Will (SG)

Dr. med. Peter Kälin, Präsident AefU, Leukerbad (VS)

med. pract. Cornelia Semadeni, Zürich

Dr. med. Edith Steiner, Schaffhausen



Foto: AefU

4.1.1 Erneut: Grenzwerte für Mobilfunkantennen erhöhen?



Foto: AefU

Am 29. Januar 2018 reichte die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates einen **zweiten Vorstoss** zur Erhöhung des Anlagegrenzwertes von Mobilfunkanlagen ein, nachdem ein erster politischer Vorstoss im Dezember 2016 abgelehnt wurde. **In einer gemeinsamen Medienmitteilung** empfahlen die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und die Ärztinnen und Ärzte im Parlament die Ablehnung des Vorstosses. Der Schweizer Bauernverband, der Hausverein Schweiz und der Dachverband Schweizerischer Patientenstellen schlossen sich der ärztlichen Forderung an. **Auch die Schweizerische Ärztesgesellschaft FMH** sprach sich in ihrer Abstimmungsempfehlung für eine Ablehnung der Motion aus. Die Motion 18.3006 „Kollaps der Mobilfunknetze verhindern und Anschluss an Digitalisierung sicherstellen“ wurde zu unserer grossen Freude am **5. März 2018 vom Ständerat abgelehnt**. Die Freude aber währte nur kurz. Eine Woche später gab Alt-Bundesrätin Doris Leuthard im Nationalrat bekannt, es sei auch denkbar, die **Mess- und Berechnungsmethoden anzupassen**, was eine moderate Erhöhung der Kapazität bestehender Anlagen ermögliche ohne die Grenzwerte zu lockern. Am 17. April 2018 informierte die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats, dass es sich gezeigt habe, dass für die kurzfristige Gewährleistung der 5G-Technologie **Anpassungen der Berechnungs- und Messmethoden getroffen werden können, ohne eine Anpassung der Anlagegrenzwerte vorzunehmen**. Sie werde den Bundesrat auffordern, für eine praxis-

taugliche Umsetzung der NISV einen 24-Stunden-Mittelwert für die Sendeleistung zu berücksichtigen. Das bedeutet eine Erhöhung des Anlagegrenzwertes über die Hintertüre: In bestimmten Zeitfenstern könnten Mobilfunkanlagen um das Mehrfache stärker strahlen als heute. Ausserdem würde der Reserve zu den Immissionsgrenzwerten, welche die nichtthermischen Effekte aussen vor lassen, noch kleiner. Sie wären zudem wohl kaum noch kontrollierbar. Auch die Bewilligungsverfahren bei schon bestehenden Anlagen sollen vereinfacht werden. Dieses Vorgehen wurde von den Medien sehr kritisch aufgenommen

→ **Medienecho**

→ **AefU-News zum Thema Elektrosmog**

4.1.2 Arbeitsgruppe 'Mobilfunk und Strahlung' des Bundes

Am 20.9.2018 entschied Alt-Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, die 'Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung' einzusetzen, welche Bedürfnisse und Risiken für die nähere und weitere Zukunft von Mobilfunk und Strahlenbelastung, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung von 5G analysieren soll. Dabei sollen unter Wahrung des Vorsorgeprinzips auch die zukünftigen Anlagegrenzwerte diskutiert werden. Unter der Federführung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) soll die Arbeitsgruppe bis Sommer 2019 einen Bericht mit Empfehlungen für das weitere Vorgehen vorlegen. Im gleichen Schreiben wurde eine kleine Verordnungsrevision auf Frühjahr 2019 angekündigt, welche Regelungslücken regeln soll, die für den Aufbau der 5G Netze hinderlich sein könnte.

Zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe wurden Vertreter der FMH und der AefU, der Mobilfunkanbieter, wissenschaftliche Experten sowie Behördenvertreter eingeladen. Die Arbeitsgruppe ist seit November 2018 aktiv. Ihre Aufgabe und Mitglieder sind **hier** zu sehen.



Foto: AefU

Parallel dazu ist 2018 die Begleitgruppe Vollzugshilfe für die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) reaktiviert worden, welche während der Grenzwertdebatte vorübergehend pausiert hatte. **Diese sehr technologielastrige Arbeitsgruppe** mit Vertretern verschiedener Bundesbehörden, Kantonen und Mobilfunkbetreibern erarbeitet für die zuständigen Behörden der Kantone und Gemeinde Vollzugsempfehlungen für die NISV, insbesondere Hilfen für die rechnerische Prognose der Strahlenbelastung und für die Messung der Strahlenbelastung nach Inbetriebnahme der Anlagen. Seit vielen Jahren delegieren die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) im Auftrag der **Umweltallianz** einen Techniker in dieser Gruppe, welcher die Interessen der Umweltschutzorganisationen vertritt (Seit 2012 Markus Durrer, El. Ing.)

Die Arbeitsgruppe von Alt-Bundesrätin Doris Leuthard wird voraussichtlich Mitte 2019 ihren Bericht fertigstellen. Die Position der AefU ist klar: Keine Abschwächung des Schutzniveaus. 5G-Moratorium bis genügend Studien vorliegen, um das Gesundheitsrisiko von 5G Technologien abschätzen zu können.

4.1.3 NISSG (Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall)



Foto: AefU

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 14. Februar 2018 die Verordnung zu NISSG in die Vernehmlassung geschickt, nachdem das entsprechende Gesetz am 16. Juni 2017 verabschiedet wurde, leider **ohne das von uns geforderte Vorsorgeprinzip einzubinden**. Die AefU-Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder und Gesundheit brachte in ihrem **Vernehmlassungsschreiben** erneut ein, die Information zu Gesundheitsrisiken von Smartphone und Co basierend auf von Seiten der Behörden voranzutreiben. Im Ergebnisbericht der Vernehmlassungen ist entsprechend festgehalten, dass es der AefU und der FMH ein grosses Anliegen ist, dass das BAG gestützt auf Artikel 6 NISSG eine nachhaltige Informationsstrategie entwickelt und koordiniert. Dies mit dem Ziel, der Öffentlichkeit das nötige Wissen zu vermitteln, um moderne Informations- und Kommunikationstechnologien **selbstverantwortlich und gesundheitsverträglich** nutzen zu können. Das Gesetz und die Verordnung werde am 1. Juni 2019 in Kraft treten. Die AefU werden weiter dran bleiben

4.1.4 Teilrevision des Fernmeldegesetzes.



Foto: AefU

Die Teilrevision des Fernmeldegesetz wurde im Parlament intensiv bearbeitet und am **18.3.2019 verabschiedet**. Die Gesetzesrevision zielt auf einen raschen und möglichst flächendeckenden Breitbandausbau für alle Bevölkerungskreise in allen Teilen der Schweiz entsprechend der Strategie des Bundesrates **für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz**. Die Forderung der AefU, **den Glasfaserausbau zu fördern**, wurde nicht aufgenommen. Der Breitbandausbau erfolgt technologie-neutral d.h. egal ob über Funk oder Kabel. Er soll zudem möglichst wenig reguliert werden. Dies könnte bedeuten, dass die Bevölkerung auch nach 2020 nur mobil mit schnellem Internet versorgt sein soll, weil sich ein Glasfaserausbau nicht rentiert. Fernmeldediensteanbieter wird neu gesetzlich Zugang auf die Hausinstallation gewährt. In der Botschaft des Bundesrats ist allerdings ausgeführt, dass kein Liegenschaftseigentümer/in einen funkbasierten Zugang dulden muss. Sehr erfreulich ist, dass ein Teil der Konzessionserlöse künftig für begleitende Massnahmen wie Forschung und Erhebungen im Zusammenhang mit funkbasierten Technologien verwendet werden darf.

4.1.5 'Beratende Expertengruppe nicht ionisierende Strahlung' (BENERIS)

Edith Steiner vertritt seit Herbst 2014 die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) in der vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) einberufenen '[Beratenden Expertengruppe für nichtionisierende Strahlung](#) (BERENIS). Das BAFU hat laut Umweltschutzgesetz/NIS-Verordnung den gesetzlichen Auftrag die Forschung zu gesundheitlichen Auswirkungen von Funk- und Stromanwendungen mit Schwergewicht auf Immissionen von Infrastrukturanlagen zu verfolgen, zu bewerten und darüber zu informieren, wobei laut Umweltschutzgesetz auch der Stand der Erfahrung berücksichtigt werden muss. Die Aufgabe der multidisziplinären Expertengruppe BERENIS ist es, neu publizierte wissenschaftliche Arbeiten zu sichten und gesundheitsrelevante Studien detailliert zu bewerten. VertreterInnen des BAG, des SECO und der SUVA nehmen an den Sitzungen als Beobachter teil, was einen äusserst effizienten Informationsfluss ermöglicht.



Hauptaufgabe der AefU ist es, Erfahrungswissen aus der umweltmedizinischen Beratung in die Expertenrunde hineinzutragen. Die BERENIS tagt vierteljährlich mit Ausgabe eines kostenlosen elektronischen Newsletter, welcher über die ausgewählten Studien berichtet. Details über die Arbeitsweise der Expertengruppe sowie die Newsletter sind auf [der Homepage des Bundesamtes für Umwelt aufgeschaltet](#).

Im Jahr 2018 wurden die Ergebnisse der beiden bisher grössten Tierstudien publiziert, welche das Tumorrisiko bei Langzeitexposition mit Mobilfunkstrahlung untersuchten. Die eine der Studien exponierte mit Handystrahlung, die andere mit Strahlung, wie sie von Basisstationen ausgeht. Beide zeigen positive Ergebnisse. BERENIS analysierte und bewertete im November 2018 die beiden Studien in einer Sonderausgabe sowie in [newsletter 15](#). Die Expertengruppe hält fest, dass beide Tierstudien trotz methodischer Unterschiede relativ konsistente Ergebnisse bei Schwannomen und Gliomen zeigten. Die Resultate dieser zwei Tierexperimente seien von grosser wissenschaftlicher Relevanz und gesundheitspolitischer Bedeutung, weil positive Ergebnisse aus Tierversuchen mit lebenslanger Exposition bei der Einstufung des Krebsrisikos einer Umwelttoxine ein sehr grosses Gewicht haben. *Die BERENIS hält fest, dass sie aufgrund der Ergebnisse und deren Bewertung das Vorsorgeprinzip zur Regulierung von Funkstrahlen unterstützt. Eine vollständige Risikobewertung unter Berücksichtigung aller verfügbaren Studien (Tierstudien und epidemiologische Studien) sei ausserdem notwendig, um abzuschätzen, ob die derzeit gültigen Grenzwerte geändert werden sollten.*

Aufgrund der Ergebnisse dieser zwei Tierstudien sowie verschiedenen positiven Resultaten von mechanistischen Untersuchungen empfiehlt das Beratungsgremium der 'Internationalen Krebsagentur' (IARC) im April 2019 eine [Reevaluation des Krebsrisikos von Mobilfunkstrahlung](#).

- ➔ Die «[Beratende Expertengruppe NIS](#)» (BENERIS)

- ➔ Newsletter der [Fachgruppe BERENIS](#)

4.1.5 Weitere Aktivitäten der Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder

08.03.2018: PraxisUpdate Bern, Kurzreferate von Martin Meier (Bundesamt für Gesundheit) und Edith Steiner (AefU): **Strahlen und Wellen im Alltag: Können elektromagnetische Strahlen unsere Gesundheit beeinflussen?** Eine Einschätzung für Smartphones und WLAN-Anlagen

13.04.2018: Edith Steiner u. Peter Kälin, AefU: Elektrosmog. Mögliche Folgen für die Gesundheit, Vortrag bei der Schweizerischen Gesellschaft für Ganzheitliche Zahnmedizin



Foto: AefU

4.2 Arbeitsgruppe umweltmedizinisches Beratungsnetzwerk

In der AefU-Arbeitsgruppe Umweltmedizinisches Beratungsnetzwerk engagieren sich:

Dr. med. Bernhard Aufdereggen, Visp (VS)

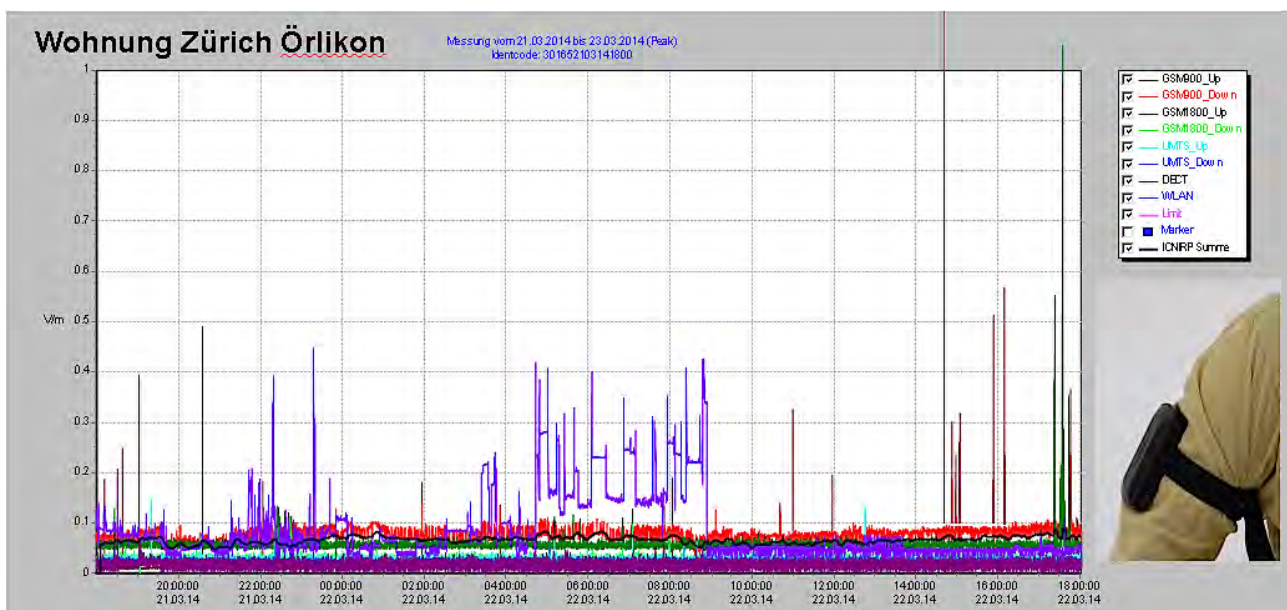
Dr. med. Hansjörg Bhend, Bad Ragaz (SG),

Dr. med. Yvonne Gilli, Will (SG)

Dr. med. Peter Kälin, Präsident AefU, Leukerbad (VS)

pract. med. Cornelia Semadeni, Zürich

Dr. med. Edith Steiner, Schaffhausen



Messung von Mobilfunk- und WLAN-Strahlung mit einem Exposimeter für die Umweltmedizinische Beratung der AefU. Bild: Markus Durrer

4.2.1 Aktueller Betrieb

Unser umweltmedizinischer Beratungsdienst mit Beratungstelefon und elektronischem Briefkasten als kostenlose Dienstleistung der AefU war in Betrieb. Das Beratungstelefon war jeweils am Dienstag von 9 bis 11 Uhr besetzt. Anfragen wurden auch elektronisch angenommen. Die Beratungstätigkeit wird von Edith Steiner ausgeführt. Die Arbeitsgruppe steht Edith Steiner für Fallbesprechungen im Hintergrund unterstützend zur Verfügung. Bei elektrotechnischen Fragen bringt Herr Markus Durrer, Experte IBH, sein Wissen und seine Erfahrung ein. Aussergewöhnliche Beobachtungen bezüglich elektromagnetischen Feldern

und Gesundheit werden in den vierteljährlichen Sitzungen der BERENIS - Einverständnis der Betroffenen vorausgesetzt - anonymisiert vorgestellt.

Roger Waeber von der Abteilung Wohngifte des Bundesamtes für Gesundheit unterstützt Edith Steiner bei Wohngift- und Raumklimafragen.

Insgesamt wurden 76 Anfragen entgegengenommen und bearbeitet.

Im April 2018 publizierte die Abteilung für Umwelt (AfU), Sektion Luft, Lärm und NIS des Departements Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau einen praxisorientierten Leitfaden 'Umgang mit leisen Störgeräuschen' (Autoren Inès und Fabian Neuhaus). Frau Dr. Jutta Ansorg vom AfU stellte dem AefU-Zentralvorstand den Leitfaden am 23.8.2018 vor. Wir sind sehr erfreut und froh, dass wir künftig mit diesem Leitfaden Betroffenen mehr Hilfestellung in praktischem Umgang mit Problemen mit leisen Geräuschen bieten können.

4.2.2 Weitere Aktivitäten der Arbeitsgruppe



17.05.2018:
 Edith Steiner,
 AefU: **Meine
Wohnung
macht mich
krank –
Umwelt-
patienten in
der Hausarzt-
praxis,**
 Referat am
 25. Forum
 Medizin und
 Umwelt,
 Solothurn,
 17.5.2018.

Dr. med. Edith Steiner am 25. Forum Medizin und Umwelt am 17.5.2018 in Solothurn.

Foto: AefU

21.09.2018: Workshop SGAIM Herbstkongress 2018:

Peter Kälin, Präsident AefU: Umwelt und Gesundheit in der Grundversorgung;

Edith Steiner, AefU: Umweltbezogene Beschwerden; Möglichkeiten zur Abklärung und Beratung.

17.10.2018: Edith Steiner nahm an einer ersten Fachgruppensitzung der Schweizerischen Gesellschaft für Akustik teil.

4.2.3 Zukunftspläne des umweltmedizinischen Beratungsnetzwerkes

Fernziel ist es, dass umweltmedizinische Abklärungen und Beratungen zum Angebot der Grundversorgung gehören. Ein **Backoffice** in Form einer medizinischen NIS-Fachstelle soll dabei den Hausarzt/die Hausärztin umweltbezogen informieren, technische Unterstützung bieten, Hausuntersuchungen vermitteln und auf Zuweisung vertiefte Abklärungen durchführen. Basierend auf dem Erfahrungswissen und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand sollten Leitlinien für Diagnose und Therapie von umweltbezogenen Gesundheitsstörungen erarbeitet und fortlaufend verfeinert werden

Im Newsletter 15 fasst die **BERENIS einen umfangreichen Bericht zu Elektrohypersensibilität zusammen**, welcher von der französische Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail (ANSES) erstellt und im **März 2018 publiziert wurde**: Die Studienlage zu Elektrohypersensibilität sei mit methodischen Defiziten behaftet. Dass experimentelle Provokationstests negativ ausgefallen seien, schliesse nicht aus, dass es keinen Zusammenhang gäbe. Auch Noceboeffekte schliessen eine Elektrosmogquelle als Auslöser nicht aus. Die Prävalenz pathologischer Persönlichkeiten oder psychiatrischer Erkrankungen sei nicht erhöht. Es wurden Verbindungen zu Migräne, Tinnitus, Fibromyalgie und MCS gefunden. Auch tagesrhythmische Störungen als Erklärung für die häufig beklagten Schlafstörungen sowie Überempfindlichkeit als Charakterzug sollen vertieft untersucht werden. Die Arbeitsgruppe der ANSES empfehle die Schaffung von ärztlich betreuten Beratungsstrukturen, die Erarbeitung von Handlungsanleitungen für die Ärzteschaft sowie die Finanzierung kontinuierlicher Forschung zur Weiterführung von Provokationsstudien mit besserer Rekrutierung, möglichst realistischer und individualisierter Exposition und andern Expositionsprotokollen. Auch sollen Gesundheitsmessungen mit objektiven Verfahren wie beispielsweise Polysomnographien und Biomarker ergänzt werden. Unter den Betreuungsangeboten ausserhalb Frankreichs werde auch unsere umweltmedizinische Beratungsstelle vorgestellt.

Der ANSES-Bericht gibt uns die wissenschaftliche Grundlage, für unser Projekt einer interdisziplinären NIS-Fachstelle Unterstützung einfordern zu können.

5. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

5.1 Tag gegen Lärm

25.04.2018

Lärm stinkt



Lärm stört, kostet und macht krank. Und Lärm geht uns alle an. Am Aktionstag vom 25. April 2018 stehen unter dem Motto "Lärm stinkt!" die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen von Lärm im Zentrum. Dass belastete Luft krank machen kann, ist den meisten bewusst. Dass aber auch Lärm die Gesundheit beeinträchtigt, ist weniger bekannt.

→ [Medienmitteilung](#)

→ [Webpage «Tag gegen Lärm»](#)

Basel, 29. Mai 2019